

kannter. Er war mit seinem Univers unter dem zweiten Kaiserreich ungefähr, was einst Görres mit seinem rheinischen Merkur, unter Napoleon I., welcher ihn bekanntlich eine Großmacht nannte. Es ist daher begreiflich, daß die Biographie, welche sein jüngerer Bruder ihm widmet, und zwar in einer vorzüglichen Weise in Bezug auf Sprache, Darstellung, Gedankenreichtum, von den Franzosen mit wahrer Begeisterung aufgenommen und gelesen wird. So hat der erste Band in kurzer Zeit 11 Auflagen erlebt; der zweite Band ist schon bei der achten Auflage angelangt. Da der vorliegende dritte Band das Wirken des großen Publizisten vom Jahre 1855—1869 enthält, — eigentlich seine Glanzperiode mit den wichtigsten Kämpfen — wird er an Erfolg seinen Vorfahren nicht nachstehen.

Sturdza (Alexandre A. C.) *La terre et la race roumaine. Depuis leurs origines jusqu'à nos jours.* (Rumänien, Land und Rasse. Von den Anfängen bis auf unsere Tage.) Mit 10 Karten und 186 Illustrationen. Paris, Laveur. 8°. XVI. 724 S. (20 fr.).

Bei einem andern Anlaß haben wir die Bemerkung gemacht, daß die Russen, Polen, Ungarn, Rumänen u. s. w., wenn sie ein wissenschaftliches Werk schreiben, wofür sie eine größere Verbreitung hoffen und erwarten, sie sich nicht ihrer (wenig bekannten) Muttersprache bedienen, sondern es gewöhnlich französisch schreiben und sich einen Verleger in Paris suchen. So macht es auch der berühmte rumänische Staatsmann A. Sturdza. Derselbe hat durch seine Arbeit der Wissenschaft einen großen Dienst geleistet; denn die Entstehung der rumänischen Rasse, dieses Volksgemisches, wobei die meisten europäischen Nationen mehr oder minder beteiligt sind, war für den Geschichtsforscher bis anhin ein Rätsel. Und wenn auch jetzt noch nicht alle Zweifel gelöst sind, so ist doch durch dieses Werk die Lösung und Klärung des Problems sehr gefördert worden!

Salzburg.

Joh. Räf, Professor.

Kirchliche Zeitläufe.

Von Professor Dr. Matthias Hiptmair.

Schulfrage: Freidenkernkongreß in Rom. Hückel. Salzburger Hochschulverein. Simultanische, geistliche Schulaufsicht und Schulkompromiß in Preußen. Linzer Landes-Lehrerkonferenz und Landtag. Wiener Schulnovelle und 88 Universitätsprofessoren. Sittlichkeitskongreß in Köln. Schulfrage in England, Unionsversuche.

Dem abgelaufenen Quartal drückte ein hervorstechendes Merkmal die Schulfrage auf. In Frankreich ist man mit der Vernichtung der christlichen Schule so ziemlich fertig geworden und dieser Erfolg ermutigte den gesinnungsverwandten Anhang anderer Länder zu heftigen Vorstößen, um das gleiche Ziel zu erreichen. Zum Sturme bliesen die Hochschulprofessoren, welche zu den Freidenkern sich rechnen, d. i. zu jener Partei der Rationalisten, für welche es keinen persönlichen Gott, keine positive Offenbarung des höchsten Wesens, nichts Uebernatürliches, nichts Ewiges, keine Unsterblichkeit der Seele, weder Himmel noch Hölle gibt. Diese Hochschulprofessoren und ihre Anhänger veranstalteten einen Freidenkernkongreß in Rom und wählten als Tag ihrer Zusammenkunft den 20. September, um in sinnreicher Weise ihre Stellung zum Christentum, zu Kirche und Papst an den Tag

zu legen. Ueberdies hatten sie noch den besondern Einfall, ihre Sitzungen im Römischen Kolleg, u. zw. in der Aula Maxima abzuhalten, also in der früheren Jesuiten-Universität, wo vor dem Jahre 1870 ein Kardinal Franzelin, ein Palmieri, ein Vallerini, ein Secchi und so viele andere Bierden der Wissenschaft vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft aus der ganzen Welt ihre glänzenden Vorträge gehalten haben.

Nach den übereinstimmenden Meldungen aller Blätter hatten sich zu dieser Weltdemonstration gegen den Katholizismus 3000 Teilnehmer gemeldet: 1500 Italiener, 1000 Franzosen, 300 Spanier und 200 aus verschiedenen anderen Windrichtungen. An der Prozession zur Porta Pia, die sie selbstverständlich veranstalten mußten zur Verherrlichung des Kongreßtages, beteiligten sich 5000 Personen. Aber wiederum nach den übereinstimmenden Meldungen der Blätter aller Richtungen haben diese Träger des „freien Gedankens“, diese Repräsentanten der einzig wahren Wissenschaft, wie sie sich einbilden, weder der Freiheit noch der Wissenschaft Ehre gemacht. Ein Protestant schrieb:¹⁾ „Sie wünschen ein Wort von mir über den Kongreß des freien Gedankens. Daraus erkenne ich, daß der Name in der Ferne wirkt wie eine Fata morgana. Leider ist diese, wie alle schönen Luftgebilde, in der Nähe zerflossen. Wir haben nur einen wilden Lärm gehört und einen großen Mißerfolg gesehen; haben die widergöttlichen, aller Ordnung widerstrebenden Elemente auf ihre Art die Welt einrichten und unter wüstem Geschrei und Schimpfreden, schließlich mit Häuften, aufeinander gehen sehen.“

Es steht also fest, daß es auf diesem Kongresse nicht besonders schön zugegangen und die Koryphäen der gelehrten, gebildeten Menschheit der Welt kein erbauliches Beispiel gegeben haben. Fast zum Glücke, möchte man sagen, fanden sich Mitschuldige aus der Schichte der Nichtgelehrten, die dem scharfen Auge der gesinnungsverwandten Presse nicht verborgen geblieben sind. Die „Neue Freie Presse“ in Wien schrieb sofort: „Von allem Anfang an hatten die Anarchisten und Sozialdemokraten rotester Färbung die Führung an sich gerissen und die Freiheit des Wortes durch ihre terroristische Taktik zunichte gemacht.“ Und eine Schweizer Zeitung meinte: „Der internationale Freidenkerkongreß ist kein gelehrtes, sondern ein politisches Stellbichein höchst zweifelhafter Art gewesen. Sozialisten aller Länder, aber besonders Frankreichs, Spaniens und Italiens überwogen; selbst an Anarchisten fehlte es nicht. Das schöne Geschlecht war durch ein paar zigarettenrauchende Ruffinnen und Südinnen vertreten, die für die Befreiung des Weibes eine Lanze brachen.“ Das mag nun alles richtig sein, aber die Gelehrten sind dadurch nicht entlastet, sie haben Mitschuldige, bleiben aber selbst mit Schuld und Schmach bedeckt.

¹⁾ M. Zell. „Die Christliche Welt“ Nr. 43.

Der Jenaer Professor Ernst Häckel,¹⁾ der im Präsidium saß, sprach seine freien Gedanken dahin aus, daß der Mensch keine andere Heimat habe als die Erde — und die anwesenden Anarchisten und Sozialdemokraten spannen diesen Freiheitsgedanken vollkommen logisch weiter, indem sie die brüderliche Teilung der diesseitigen Heimatsgüter beanspruchten. Der Franzose Hubbard, ebenfalls im Präsidium, definierte die Religion als blindes, sentimentales, vernunftwidriges Vertrauen der Menge auf den Priester und seine Dogmen — und die anwesenden Anarchisten fanden in dem Meere der Freiheit, daß die Kirche überhaupt eine Eiterbeule am Leibe der Menschheit wie Prostitution und Bettel sei; sie forderten Entkirchlichung der Schule bis zum scharfen Verbot jeglichen Religionsunterrichtes, Entkirchlichung des Staates, Zerstörung der Monarchie, Abschaffung aller christlichen Heidenmissionen und deren Ersatz durch bürgerliche Ansiedlungen. Man mag nun zugeben, daß solche Forderungen sinnlos seien, daß sie die Freidenkerei der Lächerlichkeit überliefern und die „Capitale“.

¹⁾ Es dürfte zeitgemäß sein, darauf hinzuweisen, daß nicht bloß katholische Gelehrte Häckels Wissenschaft einer vernichtenden Prüfung unterzogen haben, sondern daß auch protestantische dieselbe in ein keineswegs günstiges Licht stellen. Häckel ergeht sich unter anderem im 17. Kapitel seiner Welträtsel über den Christenglauben in wohlfeilem Spott. Dagegen trat schon Professor Voofs in Halle a. d. S. in einem offenen Brief auf. Häckel antwortete darauf und berief sich dabei auf das Zeugnis eines gelehrten und scharfsinnigen englischen Theologen Saladin (Stewart Ross). Hierauf bewies ihm Voofs, daß die Quelle, aus der er seine theologische Wissenschaft geschöpft, nur ein gemeines, von den schlimmsten Gotteslästerungen erfülltes Pamphlet eines Freidenklers sei, der selbst keinen Anspruch auf den Namen eines Theologen mache, wobei die ganze jammervolle Unwissenschaftlichkeit Häckels handgreiflich dargelegt wurde. Professor Dr. Hitz in Leipzig bestätigte, daß „Häckel durch die Art seiner Kampfführung selbst auf das Recht verzichtet, im Kreise ernsthafter Forscher mitzuzählen“. Nun kam ein Nachspiel. Häckel ließ in der englischen Ausgabe seiner Welträtsel die angegriffenen Stellen weg und der Uebersetzer schrieb: „Professor Häckel hat nun anerkannt, daß er in Bezug auf den Wert seines Gewährsmannes (Saladin) im Irrtum war und hat einige Behauptungen dieses Kapitels zurückgezogen.“ Inzwischen ist aber auch eine deutsche Volksausgabe (108. bis 120. Tausend) erschienen und in dieser prangen nach wie vor die gerügten Irrtümer. Das war berechtigter Anlaß, Häckel einer doppelten Buchführung zu beschuldigen und Dr. phil. E. Dennert in Godesberg a. Rh. stellte in einem offenen Briefe den famosen Jenaer Professor nicht so sehr zur Rede, als vielmehr an den Pranger. („Glauben und Wissen“, Heft 7, 1904.) In der Beilage zur „Allg. Zeitung“ Nr. 238, S. 111, heißt es überdies: „Sir Oskar Lodge, der große englische Gelehrte . . . hielt am vergangenen Mittwoch in Birmingham eine Rede, in der er Professor Häckels „Rätsel des Lebens“ . . . auf das entschiedenste angriff. Häckel sei zwar seinerzeit von der fortschreitenden Flut der monistischen Philosophie vorwärts getragen worden, habe aber im einzelnen sie derart materialistisch zu bestimmen und sie einer derart beschränkten Auffassung der Gesamtheit unserer Erfahrung zu unterwerfen gesucht, daß der Fortschritt der Philosophie ihn sowohl, wie sein weniger gelehrtes Gegenstück, Herbert Spencer, gewissermaßen aufs Trockene gesetzt habe, weil eben die Flut jetzt nach einer anderen Richtung zu laufen begonnen hat.“

welche den Ausgang des Kongresses bedauernswert und eine Gelei, eine Burleske schlimmster Sorte nennt, nicht Unrecht habe, aber man muß eingestehen, daß die Sozialisten auf dem gleichen Geleise wie die Freidenker sich befanden, nur daß sie mit tadelloser Konsequenz den Endstationen zuwanden. Sie sind gewiß Sturmvoegel der Revolution, wie Sell sie nennt, weil sie am Großkapital, an den bürgerlichen Privilegien, an den gut besoldeten Beamten- und Professorenstellen, selbst an der Krone frei herumtasten möchten, aber die Freidenker, die Gott und Religion, Kirche und Papst vernichten wollen, sind ihre Lehrmeister.

Der heilige Vater reagierte gegen den Kongreß in der Weise, daß er in einem Schreiben an den Kardinal-Bischof Respighi seinen Schmerz über die sakrilegische Handlung der Teilnehmer aussprach und Sühnandachten in der Stadt abhalten ließ.

In die Kategorie der Freidenker gehören auch die Mitglieder des Salzburger Hochschulvereines. Die Katholiken Oesterreichs möchten in Anbetracht des Geistes, der auf allen Universitäten herrscht, wenigstens eine Universität besitzen, wo Gott und seine Offenbarung nicht ausgeschaltet, nicht bekämpft werden, und aus diesem Grunde arbeiten sie mit großer Ausdauer und Opferwilligkeit seit vielen Jahren an der Gründung einer katholischen Universität in der schönen Salzburger Stadt. Aber die Freidenker wollen uns nicht einmal diese eine Universität gönnen und streben, um sie zu vereiteln, die Errichtung einer staatlichen Hochschule an. Soeben haben sie ein Buch herausgegeben mit dem sehr bezeichnenden Titel: „Der Kulturkampf in Salzburg“.¹⁾ Die Parteiblätter freuen sich über diese Gegenaktion und legen ihr eine große prinzipielle Bedeutung bei.

Sie verlangen eine Universität auf Kosten des Staates, also auch auf Kosten der Katholiken und wollen nicht einmal dulden, daß diese sich selbst eine solche Anstalt zahlen. Man kann die Intoleranz nicht mehr viel weiter treiben. Daraus möchten wir aber die Lehre ziehen, daß die Katholiken sich kaum auf dem ganz richtigen Wege befinden, wenn sie bloß Privatanstalten gründen wollen und nicht zugleich auch ihre vollen Rechte auf das Schulwesen überhaupt mit aller Energie betonen und zur Geltung zu bringen suchen. Ein Staat, der aus Christen, aus Katholiken besteht, muß auch christliche, katholische Schulen haben. Es gibt für ihn kein Recht, auf der konfessionslosen oder, wie man lieber sagt, interkonfessionellen Schule zu bestehen. Und für die Katholiken heiße es das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, das die Kirche verwirft und wiederholt verurteilt hat, praktisch und mit eigenem Gelde durchführen, wenn sie auf das Zweite, was weitaus die Hauptsache ist, vergäßen und es nicht mit allen erlaubten Mitteln anstreben.

¹⁾ Der Salzburger Kulturkampf. Zeitgeschichtliche Kämpfe aus den Jahren 1900—1904, aus Blätterstimmen gesammelt und herausgegeben vom Salzburger Hochschulverein.

Wenn die Feinde der konfessionellen Schule nicht ruhen, dürfen es auch die Katholiken nicht, und wenn jene der Staatsgewalt sich bemächtigen zur Durchführung ihrer perverfen Ideen, so dürfen diese ihnen das Feld nicht freiwillig räumen, sondern es ist ihre heilige Pflicht, ihre Stellung im Staate bemerkbar zu machen und zu behaupten. Die Katholiken müßten sich aus dem staatlichen Leben herauslöfen, sie müßten den Staat und die Menschheit in zwei abgeschlossene Teile zerreißen, sich als rechtlose Partei erklären, wenn sie darauf verzichten wollten, das Leben nach den Prinzipien der Religion zu gestalten, wenn sie dem Staate diese seine Pflicht nicht vorhalten würden. Alle Gewalt stammt von Gott, also auch die Staatsgewalt, und daher hat sie sich in den Dienst Gottes und der Gotteskinder zu stellen, nicht in den der Atheisten.

Daß der religionsfeindliche Geist der Hochschulprofessoren auch auf die Volksschullehrer- und Studentenwelt übergeht, steht außer Zweifel. *Above majori discit arare minor.* In der Studentenwelt offenbart sich dieser Geist in verschiedener, wenig erfreulicher Weise. Eine Aeußerung besteht in seiner Feindseligkeit gegen die katholischen Verbindungen, deren Schauplatz dann und wann unsere Universitäten sind. Nach einem Bericht des Wiener „Vaterland“ vom 20. Oktober veranlaßten auch die Studenten der technischen Hochschule in Hannover den Senat zu einer Umfrage bei den Hochschulen Deutschlands, ob nicht die konfessionellen Verbindungen aufgelöst werden sollten. Das erste Gutachten, welches der Berliner Senat abgab, war freilich für die Antragsteller ungünstig, indem er erklärte, daß keine Veranlassung zur Auflösung der konfessionellen Verbindungen vorliege, vielmehr zu befürchten stünde, daß die Einführung strengerer Maßregeln oder gar das Verbot solcher Verbindungen Störung des konfessionellen Friedens nach ziehen könnte. Es genüge, auch darauf hinzuweisen, wie im Reiche die Marianischen Kongregationen angefeindet, mit welcher Hartnäckigkeit und Verbissenheit deren Einführung und Pflege verhindert werde.

Ganz besonders aber gehört zu unserem Thema, was auf dem Gebiete der Volksschule gegenwärtig vor sich geht. In Deutschland dreht sich der Streit um die Simultanschule, um die geistliche Schulaufsicht und das Schulkompromiß; bei uns spielt ein Teil der Lehrer Zukunftsmusik, die dem Volke die Ohren gellen macht.

Die Simultanschule empfahl seinerzeit Diesterweg als eine passende Station zur religionslosen Schule, sowie er auch die sachmännische Schulaufsicht empfahl. Die Freunde der Simultanschule sind demnach auch entschiedene Förderer derselben, arbeiten für ihre Ausbreitung und wehren sich aus allen Kräften gegen ihre Einschränkung oder Beseitigung. Ebenso arbeiten sie an der Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht, die im Deutschen Reiche noch besteht. Nun geschah es, daß dem preussischen Abgeordnetenhanse ein Gesetz zur Regelung der Lehrergehälter vorgelegt werden sollte, und da bei der Behandlung

dieses Gegenstandes voraussichtlich die Konfessionsfrage nicht umgangen werden könne, so haben die drei Parteien, die Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen unter Zurückstellung spezieller Bedenken ein Schulkompromiß geschlossen, dem auch das Zentrum der Hauptsache nach beigetreten ist. Das Kompromiß lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern, 1. ohne Verzug, spätestens in der nächsten Tagung, einen Gesetzentwurf, betreffend die **Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen**, auf folgender Grundlage vorzulegen: 1. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen liegt den bürgerlichen Gemeinden (Gutsbezirken) oder Verbänden solcher unter ergänzungsweiser Beteiligung des Staates an den Kosten ob; 2. in Ausführung des Artikels 24 der Verfassung, wonach bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind, werden nachstehende Grundsätze festgelegt: a) in der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden, b) Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen, insbesondere aus nationalen Rücksichten oder da, wo dies der historischen Entwicklung entspricht, zulässig. Lehrer, welche zur Erteilung des Religions-Unterrichtes für konfessionelle Minoritäten an Schulen anderer Konfession angestellt sind, dürfen voll beschäftigt werden, c) erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer konfessionellen Minderheit eine angemessene Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession, d) es sind zur Verwaltung der Schulangelegenheiten neben den ordentlichen Gemeindebehörden in den Städten Schuldeputationen und auf dem Lande Schulvorstände einzurichten, bei denen der Kirche, der Gemeinde und den Lehrern eine angemessene Vertretung zu gewähren ist; II. bei Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht zugleich für die Beseitigung unbilliger Ungleichheiten in der Belastung der verschiedenen Schulverbände und in der Höhe des Dienst-einkommens der Volksschullehrer zu sorgen.“

Kaum war dieses Kompromiß in der Öffentlichkeit bekannt, ging auch der Kampf der anderen Parteien gegen dasselbe los. Die Tendenz des Kampfes liegt klar am Tage. Der liberale „Rheinische Kurier“ sagt es mit bündigen Worten: „Die Schreier, die im Kampfe gegen das Schulkompromiß das große Wort führen, stehen jenseits von allem Religiösen und Konfessionellen. Ihr Eifer für die Simultanschule ist der Eifer für die religionslose oder religionsfeindliche Schule. Von ihnen können sich ernste Leute, die in der Schule auch ein religiöses Erziehungs-Instrument erblicken, nicht imponieren lassen.“ Die Verteidiger des Kompromisses weisen darauf hin, daß für die große Menge des Volkes die Schule die einzige Erziehungsanstalt für das ganze Leben sei, daß man sie daher nach pädagogischen, nicht aber politischen Grundsätzen einrichten müsse und folgerichtig die religiöse Weltanschauung in der Schule selbst zu herrschen habe. So hat Preußen seinen Schulstreit, der in Wort und Schrift mit aller Kraft geführt wird. Lehrer Tews, Vorstandsmitglied des Allgemeinen deutschen Lehrervereines, und der bekannte Sozialpolitiker Raumann haben das Schulprogramm der Freisinnigen Vereinigung in einer großen Versammlung zu Berlin dargelegt und die Richtlinien ihrer liberalen Schulpolitik entwickelt, was sie zuvor schon in Flugschriften getan hatten. Tews will durch Tatsachen und Zahlen überzeugen, daß

das Kompromiß eine Gefahr für die deutsche Nation und die geistige Kultur bedeute, obwohl zwei Drittel der deutschen Lehrer anderer Ansicht sind. Raumann schwärmt für die staatlich-weltliche Volksschule mit fakultativem Religionsunterricht, wird aber vom evangelischen Stadtpfarrer Erich Förster in Frankfurt a. M. mit überlegener Dialektik widerlegt. Daß die katholische Presse nicht schweigt, sondern tapfer in den Kampf eingreift, versteht sich von selbst. Insbesondere ist es die geistliche Ortschulaufsicht, für die sie mutig eine Lanze einlegt, da ihr auch einer der heftigsten Angriffe zugebracht ist.¹⁾ Aber auch die positiven Protestanten wollen auf sie nicht verzichten, und zwar aus Gründen, die auch von unserem Standpunkt aus Geltung besitzen.²⁾ So findet Superintendent Causse in Sorensbohm den tiefsten Grund des Kampfes gegen die geistliche Schulaufsicht in dem Widerwillen gegen die ewige Wahrheit und gegen den Herrn: „Wir wollen nicht, daß dieser über uns herrsche“, und in der Auflösung des christlichen Staates; er erblickt in ihrer Beseitigung ebenso einen Schaden für die Kirche, wie in der Zivilstand-Gesetzgebung und in der Zivilehe und ähnlichen Säkularisationen, die Schritt für Schritt im modernen Staate vorgenommen werden, und er sieht darin eine wesentliche Schädigung der geistlichen Autorität, indem der Geistliche schon den Kindern gegenüber nicht mehr als Vorgesetzter erscheint und so dessen Ansehen, Achtung und Liebe geschmälert und darum auch sein Einfluß vermindert wird. So denken freilich nur die positiv gerichteten, gläubigen Protestanten. Da jedoch der Ritschlianismus in der evangelischen Professoren- und Pastorenwelt die größten Fortschritte schon gemacht hat, ist es begreiflich, daß ein großer Teil dieser Kreise für die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht stimmt und steht die Kölner Kreissynode, welche einstimmig die Weiterführung dieses Antes für keinen Segen erklärt und darum davon befreit sein will, nicht einzelt da.

Man begnügt sich, wenn der Pfarrer nur Sitz und Stimme im Ortsschulrat besitzt und anerkennt ohne Rücksichtnahme auf Natur und Geschichte die Schule als eine „Veranstaltung des Staates“. Selbstverständlich akzeptieren die Herren, die auf diesem Standpunkt stehen, auch die letzten Konsequenzen desselben; denn Prinzipien entwickeln sich naturnotwendig bis zur Erschöpfung ihres Inhaltes. Diese Konsequenzen sind schon bekannt, sie bilden ja den Gegenstand der Forderungen, welche vom radikalen Teil der Schulmänner gestellt werden und nichts anderes bedeuten als die absolute Trennung der Schule von der Kirche, die Beseitigung der religiösen Übungen der Schüler, sexuelle Aufklärung, Einführung einer naturalistischen „Ethik“ u. dgl., also ein kultiviertes Heidentum.

¹⁾ Die geistliche Schulaufsicht. Von Scholastikus. Trier. Paulinus-Druckerei. — ²⁾ Der Kampf in der Schule. Gedanken über die geistliche Schulaufsicht. Von einem katholischen Schulmann. Hamm in W. Verlag Breer und Thiemann. Frankfurter Zeitgemäße Broschüren. Heft 7. 1904.

Diese Wünsche wurden auch bei uns in einer Landes-Lehrerkonferenz, welche anfangs Oktober in Linz abgehalten wurde, von einigen extrem veranlagten Delegierten ausgesprochen und nebst anderem als anzustrebendes Ziel hingestellt. Sofort erhob das Land dagegen Protest und von 502 Gemeinden Oberösterreichs waren es 436, welche die Forderungen zurückwiesen. Da eben der Landtag versammelt war, benützte die katholische Majorität desselben die Gelegenheit, um ihre Stellung zur vorliegenden Schulfrage energisch zu zeigen. Der Hochwürdigste Herr Bischof hatte zuvor schon in einem Briefe an die Leitung des katholischen Lehrervereines, der im Lande besteht und die katholisch gesinnten Persönlichkeiten aus dem Lehrstande zu sammeln und zu organisieren sucht, seines oberhirtlichen Amtes mit vollster Entschiedenheit gewaltet und ergriff auch im Landtag das Wort zur Wahrung des spärlichen Einflusses, den die Kirche auf die Volksschule noch besitzt.

Die Vertreter des Bauernstandes, denen das Verdienst zukommt, die Frage (Antrag Hauser-Schlegel) in den Landtag gebracht zu haben, nachdem das „Volksblatt“ durch umsichtige Berichterstattung über die Vorgänge auf der Konferenz das Material geliefert hatte, nahmen sich in vortrefflicher Weise der Sache an. Und die Vertreter des Großgrundbesitzes, konservativ und liberal, gaben einstimmig eine Erklärung ab, die eigentlich wie ein Donnerschlag in die Versammlung fallen mußte, so kategorisch wies sie die Tendenzen des extremen Teiles der Lehrer zurück. Der Regierung war der ganze Vorfall offensichtlich sehr unangenehm; ihr Vertreter hatte als Vorsitzender der Konferenzen sich in Schweigen gehüllt; nachher bemühte man sich, die Tatsachen in Abrede zu stellen, abzuschwächen, oder in Zweifel zu ziehen; endlich gewann man doch eine befriedigendere Position. Aber auch die liberale Partei wagte es nicht, mit ihrem Schilde den Radikalismus zu decken, sondern beantragte bloß Uebergang zur Tagesordnung, der selbstverständlich von der Majorität abgelehnt worden ist.

Auch in anderen Landtagen gab es kleinere Schuldebatten, z. B. in Lemberg und Wien. In Wien verfügte die christlichsoziale Partei nur eine geringfügige Verbesserung der Schule zugunsten des kommunalen Einflusses und daß der Pfarrer Mitglied des Ortschulrates sei, aber sogar dieses Geringfügige verfehlte nicht, Schrecken zu verbreiten. 88 Professoren der Wiener Universität, darunter 29 Juden, veröffentlichten sofort in den liberalen Blättern dagegen eine Kundgebung, weil sie in der genannten Aenderung eine Schädigung der gemeinsamen Volkserziehung erblicken wollten. Sachlich dürfte diese Motion der gelehrten Herren ziemlich belanglos sein, denn man weiß so wie so, was Geistes Kinder sie sind, aber für das Volk und die Kirche ist sie doch ein Zeichen, daß die Schulfrage nicht vernachlässigt werden darf.

Wie notwendig eine energischere und allseitige Pflege der Religion wäre, beweist der Sittlichkeitskongreß, der in Köln abgehalten

worden ist. Da kamen Katholiken und Protestanten, Priester und Laien zusammen, um zu beraten, wie dem überhandnehmenden Sittenverfall gesteuert werden könnte. Solche Kongresse wären wahrscheinlich überall zu wünschen, wenn sie überhaupt noch imstande sind, wirksame Abhilfe zu bieten, weil wohl überall die gleich traurigen Erscheinungen herrschen. Was die Kongresspredner in Köln über den Stand der Sittlichkeit in Deutschland gesagt haben, ist betäubend genug.¹⁾ Erschreckender Niedergang im Volke — bedenkliche Zunahme der Prostitution — Periode des Sittenverfalles — das Gefühl für Zucht und Sitte ist geschwunden — das Laster tritt öffentlich dreist und frech auf — die geheime Sünde greift schreckenerregend um sich — die Geschlechtskranken unter den Studierenden, in der Armee und anderen Kreisen sind entsetzlich zahlreich — die moralische Verfeuchung des Volkes greift um sich: das waren die Klagen, die auf dem Kongresse laut geworden sind. Und als Hauptursachen dieser beunruhigenden Lage wurden angeführt: die ungeheuerliche Verbreitung der unsittlichen Schriften und Bilder, die schamlosen Ausstellungen in den Schaufenstern, die grauenhafte sittliche Vergiftung der Jugend, deren sich der gewissenlose Buch- und Kunsthandel zu Schulden kommen läßt, das Theater und die Variétés, welche erst die geistige und dann die körperliche Syphilis erzeugen, die zügellose Vergnüungssucht besonders an Sonn- und Feiertagen, die sinnlose verfrühte Aufklärungstheorie in Bezug auf sexuelle Dinge, die Beseitigung der Gottesfurcht und positiven Religion. Die Sittlichkeitsvereine sind Privatunternehmungen, welche die Sittenlosigkeit zwar nicht aus der Welt schaffen können, aber sie können dieselbe vermindern, besonders dadurch, daß sie das öffentliche Gewissen aufrütteln und die berufenen Erzieher der Jugend, die Eltern, Schule und Kirche unterstützen, und auch dadurch, daß sie dem Staate sagen, wie sehr die Pflege und der Schutz der Sittlichkeit auch vom Standpunkt der Hygiene eine unabweisliche Notwendigkeit sei. Mehr als je waltet heute der Staat seines Amtes als oberster Sanitätsrat, nicht ohne Geschick und Erfolg bietet er der vielseitigen Ansteckungsgefahr die Stirne; soll er nicht auch zur Einsicht kommen, daß auf dem Gebiete der Sittlichkeit seine Kunst und Kraft gleichfalls zur Anwendung gebracht werden müsse? Es dürfte überall höchste Zeit sein.

England. 1. Als ich vor sechs Monaten meinen letzten Bericht ein sandte, war der „passive Widerstand“ gegen das Schulgesetz von

¹⁾ Die öffentliche Unsittlichkeit und ihre Bekämpfung. Von Hermann Roeren. Verlag Bachem, Köln. — S. Keller, Naturtrieb und Sittlichkeit, Verlag Rippel in Hagen W. schreibt S. 6: Dr. Lujo Brentano führt an: Man hat für das Königreich Preußen berechnet, daß in Preußen täglich von 1000 Menschen drei an einer übertragbaren Geschlechtskrankheit leiden. . . . Das gibt bei 56 Millionen Deutschen 174.000 Geschlechtskranke im Tage. . . . In Berlin erkrankten 8% Arbeiter gegen 16½% Kaufleute und 25% Studenten. S. 12: Dr. Blaschko in Berlin behauptet, daß jeder zehnte Mann in Berlin entweder die Syphilis hat oder sie früher gehabt hat.

1902 an der Tagesordnung. Seitdem hat der Streit sich nach demselben Prinzip entwickelt. 70.000 oder mehr Nonkonformisten haben sich geweigert, die Schulsteuern zu zahlen — weil das Gewissen ihnen verbietet, den Unterricht in falschen Religionen zu unterstützen — und haben sich wegen ihres Widerstandes Kleinigkeiten verkaufen lassen oder sind sogar ins Gefängnis gewandert. Am ärgsten geht's im sektierenden Wales zu. Dort stehen alle Provinzialräte, ausgenommen zwei, in offener Rebellion gegen die Regierung. Ein Sondergesetz mußte noch in der letzten Woche des Parlamentes durchgetrieben werden, um den konfessionellen Schulen in der Grafschaft das Leben zu retten. Es lautet dahin, daß, wo immer die örtliche Obrigkeit sich weigert, die nötigen Geldzuschüsse zu machen, die Regierung selbst die Summen direkt an die betreffenden Schulen schicken, und gleiche Summen von den Provinzial-Zuschüssen abziehen wird. Damit ist der ersten Not abgeholfen; die Sektierer sind aber nicht geschlagen. Sie haben noch zwei starke Festungen: Massenabdanke aller mit der Ausführung des Gesetzes Vertrauten, worauf dann neue Wahlen derselben oder Gleichgesinnter folgen würden; und rücksichtsloses Durchführen der Gesetzesklausel, welche von den Verwaltern verlangt, daß die adaptierten Schulgebäude auf ihre Kosten in gutem Zustande erhalten werden. Das allgemeine Abdanken von Ehrenposten ist noch nicht zu erwarten, obgleich es frech angedroht wird; die Plänkelei für regelrichtige Schulgebäude dagegen ist in vollem Schwung. Der Bischof von Newport hat sich schon genötigt gesehen, einen Hilferuf ans Land ergehen zu lassen. Darin heißt es: „In dieser Diözese gibt es 40 (katholische) Schulen mit 11.500 armen Kindern. Wenn keine Hilfe kommt, müssen einige der größten dieser Schulen geschlossen werden. Viele unserer Missionen sind jetzt schon in Schulden wegen der Schulen; 50 Jahre lang haben wir uns abgemüht und gekämpft, diese Schulen zu errichten und zu unterhalten; jetzt drängt die neue Schulobrigkeit von allen Seiten auf neue und bessere Schulbauten. Wir brauchen absolut 20.000 Pfund Sterling, um die neuen Ansprüche zu befriedigen.“ . . . Ueberall ist es nicht so schlecht wie in Wales, aber nirgendwo ist man zufrieden. Die Bischöfe, auf einer am 18. Oktober gehaltenen Versammlung erklären: „daß in Anbetracht der Weise, in welcher das Gesetz an manchen Orten durchgeführt wird, sie ihre frühere Stellung dem Gesetze gegenüber mit Recht modifizieren könnten, es sei denn, man beweise, daß es sich ohne Schaden katholischer Rechte handhaben ließ.“ Aus der Bratpfanne sind wir ins Feuer gefallen. Denn nicht nur die Elementarschulen, sondern auch Gymnasien, oder was diesen in England entspricht, sollen wir auf bessern Fuß stellen, und noch neue dazu gründen. Das Gesetz verlangt, daß Aspiranten zu Lehrerstellen vier Jahre ein von der Regierung approbiertes Gymnasium besuchen. Solcher Gymnasien — hier nennt man sie secondary schools — haben wir einige, besonders Jesuitenkollegien; es fehlt aber eins im Herzen Londons.

Die Herstellung kostet 25.000 Pfund Sterling. Seit Juli wird dafür gesammelt und in vier Monaten sind etwa 10.000 Pf. zusammengebracht worden. Diese Summe ist vorige Woche zu 20.000 Pfund gestiegen durch ein Geschenk von 10.000 Pf., welches die Oblaten des heiligen Karolus Borromäus dem Erzbischof für die neue Schule gemacht haben. Die Patres hatten bis voriges Jahr selbst eine Schule, die sich aber nicht rentierte und geschlossen werden mußte. Die Dames du Sacré Coeur haben jetzt die Gebäulichkeiten zum Zweck eines Seminars für Lehrerinnen angekauft und die Oblaten haben großmütig den Reingewinn abgegeben. Der Erzbischof von Westminster hat das Geld nicht schlafen lassen; nach Weihnachten wird die neue Schule in den Hallen des erzbischöflichen Palastes eröffnet, und die Errichtung eines passenden Gymnasialgebäudes wird gleich angefangen. Die Anstalt soll heißen: Cardinal Vaughan Memorial School.

2. Während die Katholiken alles anbieten, um die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu sichern, suchen die Protestanten nach irgend einer Einigkeit im Glauben. Manche Sekten, welche die Staatsreligion verwerfen und ihr in offener Feindschaft gegenüber stehen, kommen sich einander beständig näher. Das Haupthindernis zu ihrer Verschmelzung sind die vielen persönlichen Interessen und Ambitionen, die dabei leiden würden. Erscheint einmal ein Genius, der es versteht, alle zu befriedigen, dann kommt die Union der Baptisten, Methodisten, Kongregationalisten und wie sie alle heißen mögen, leicht und gleich zustande. Acht derselben brauchen jetzt schon denselben Katechismus, ein Büchlein mit nur 52 Fragen und Antworten, welche so allgemein gehalten sind, daß Lehrer und Lernende ohne Mühe ihre eigene Doktrin hineinlesen können. Praktisch wechseln sie aber auch ihre Kirchen und Prediger, halten gemeinschaftliche Missionen und andere Gottesdienste, und stehen Schulter an Schulter im Kampf gegen Anglikaner und die konservative Regierung.

Ein merkwürdiges Beispiel von Schisma und Reunion liefert gegenwärtig Schottland. Zu 1843 trennte sich eine bedeutende Partei von der etablierten presbyterianischen Staatskirche. Die Minister und Professoren gaben ihre Pfründen und Stellen auf und konstituierten sich als die „Freie Kirche von Schottland“. Von ihren früheren Glaubensbrüdern unterschieden sie sich nur durch ihre volle Unabhängigkeit vom Staate. Die Bewegung hatte den größten Erfolg. Zu 1900 erwirkte der allgemeine Drang nach mehr Freiheit eine Vereinigung dieser Freien Kirche mit den Unierten Presbyterianern; nur 25 Minister von 1200 blieben zurück. Nun entstand gleich die Frage: Wer hat das Recht auf die zehn Millionen Pfund Sterling im Besitze der Freien Kirche? Nach dreijährigen Prozessen entschied das höchste Tribunal in London für die 25 treugebliebenen Minister und ihre Pfarreien im schottischen Hochlande, weil diese allein den Glauben behielten, für dessen Unterhaltung die Stiftungen u. s. w. gemacht wurden. Die gerichtliche Entscheidung wurde anfangs August gegeben.

Seit der Zeit kann man täglich in den Zeitungen sehen, wie diese Christen sich lieben und raufen, wenn Bibel und Beutel von einander laufen!

In der anglikanischen Kirche nehmen die Vereinigungsversuche eine sonderbare Wendung. Auf dem Kirchenkongreß in Liverpool — 6. Oktober — besprach der Dekan von Norwich die Freiheit der Kirche. Unter anderm sagte er: „... In den Konferenzen, gehalten zu Lambeth (London) und in Amerika, hat man sich über die wesentlichen Bedingungen für Reunion verständigt, welche für die getrennten Gemeinden in den britischen Inseln gelten sollen. Ich schlage jetzt vor, daß dieselben Bedingungen jetzt auch dem römischen Schisma im Westen, der griechischen Kirche im Oriente und der nonkonformistischen Gemeinden in England und auf der ganzen Welt angeboten werden. Es sind deren vier: 1. Suffizienz und Supremat der heiligen Schrift; 2. das apostolische Glaubensbekenntnis als Tauffymbol, und das nizänische als adäquater Ausdruck des christlichen Glaubens; 3. die zwei von Christus selbst eingesetzten Sakramente; 4. der historische Episkopat örtlich adaptiert zu lokalen Verhältnissen. Die römische Gemeinde läßt sich auf jene Bedingungen nicht ein. Sie hat die Apokrypha und die Tradition mit der Schrift gleichgestellt und so letztere für ungenügend erklärt. Sie hat im Symbolum Pius IV. die Glaubensartikel vermehrt, hat fünf Sakramente erfunden und verwirft die Giltigkeit der anglikanischen Weihen. Annahme der tridentinischen Häresien wäre für England ein Mehltau, welcher die bürgerliche sowohl als die religiöse Freiheit zerschlingen würde. Dann geht der Redner zur griechischen Kirche über und findet auch dort keine Hoffnung. Endlich kommt er zurück und meint, die Wesleyaner könnten seine Bedingungen wohl annehmen: Die Schwierigkeit, daß diese Sektierer keine geweihten Priester annehmen, ließe sich beseitigen durch die Anerkennung ihres Oberpräsidenten als wirklichen anglikanischen Bischof, ohne ihn zu weihen. Das sei ja auch zur Zeit der Donatisten geschehen u. s. w. Der Dekan (Dean) von Canterbury, ein gelehrter, ernster, konservativer Anglikaner, hat unterdessen einen vernünftigen Einigungsversuch gemacht, nämlich die Einigung der verschiedenen Parteien in seiner eigenen Kirche. Schon auf dem Kirchenkongreß von 1903, in einer Rede über die Veränderungen in der Lehre der nationalen Kirche, insistierte er auf den Kanon von 1571, welcher die Grenzen ihrer Toleranz feststellt: „Die Kirche hält, was mit der Lehre des Alten und Neuen Testaments zusammenstimmt und was die katholischen Väter und die alten (ancient) Bischöfe aus gesagter Lehre gesammelt haben.“ Heute sucht er die antiquos episcopos näher zu definieren, es sind die Bischöfe der sechs ersten Jahrhunderte, deren Lehre als Norm aufgestellt wird. Kanonikus Meyrick, ein ehrwürdiges Glied der alten hochkirchlichen Partei und ein Mann von großem Ansehen, geht Hand in Hand mit dem Dekan, und um die beiden gruppieren sich Männer aller Richtungen. Bis zum 7. November

hatten schon ein Tausend ihre Namen als Adhärenenten unterschrieben. Am 10. November brachte die Times auch schon Warnungen an die Unterzeichner, daß vor dem 6. Jahrhundert schon der Zölibat, der Gebrauch des Weihrauchs, Heiligenverehrung und manches andere bestand, wovon die Nationalkirche nichts mehr weiß. Ob der Dekan von Westminster auch beistimmt, ist mir nicht bekannt. Falls er es tut, wird er seine Ermahnungen an angehende Lehrer — wie am 15. Oktober gegeben — in Zukunft ziemlich modifizieren müssen. Von der Bibel sprechend, sagte er: „Das Buch ist nicht verändert, wir aber wohl. Gott hat uns viel neues Licht gegeben . . . unser Begriff der Inspiration ist nicht mehr derselbe. Vieles, was unsere Vorfäter buchstäblich nahmen, können wir nur bildlich nehmen. Das 1. Kapitel der Genesis bedeutet nicht mehr, daß Gott die Welt in sechs Tagen erschaffen hat; das zweite lehrt nicht, daß Gott Adam aus Erde und Eva aus Adams Rippe machte. Das sind Parabeln und Allegorien . . .“ Dann folgen Weisungen wie „die unterliegenden Wahrheiten“ den jungen Zöglingen beigebracht werden können. Battle, S. Wilhelm.

Erlässe und Bestimmungen römischer Kongregationen.

Zusammengestellt von D. Bruno Albers O. S. B. in Monte Cassino (Italien).

(Weihe der Kleriker vor Erfüllung der Militärdienstpflicht.) Die Kongregation des heiligen Offiziums hatte verboten, Klerikern vor Beendigung ihrer Militärdienstzeit die höheren Weihen zu erteilen. Auf eine Anfrage, ob diese Verordnung präzeptiv, oder aber nur direktiv sei, wurde die Antwort gegeben: Präzeptiv. — Hiermit steht im Zusammenhang ein Entscheid der Konzilskongregation, welcher Sr. Eminenz dem Fürsterzbischof von Prag auf seine Anfrage gegeben wurde: Von Prag aus war angefragt worden, ob *litterae testimoniales* für die Weihen der Kleriker auch dann eingefordert werden müßten, wenn die Kandidaten drei, resp. sechs Monate, aber stets mit Unterbrechung in einer anderen Diözese sich aufgehalten hätten? Auf diese Anfrage lautete der Bescheid: Der Ordinarius sei unter Strafe der Suspension nur dann verpflichtet, die „*litterae testimoniales*“ einzufordern, wenn der Kandidat drei, resp. sechs Monate außerhalb der Diözese mit Unterbrechung geweiht habe und zwischen den Unterbrechungen ein moralischer Zusammenhang bestehe (*nisi agatur de trimestri vel semestri moraliter continuis*). Dem Bischof bleibe aber auch bei sonstiger Unterbrechung des Aufenthaltes unbenommen, die Testimonialien einzufordern und über das Vorleben des Kandidaten eine Untersuchung anzustellen oder auch das *iuramentum suppletorium* zu fordern. (S. Congr. S. R. et U. Inquisit. d. d. 31. August 1904. — S. Congr. Conc. d. d. 25. Juni 1904.) — Gewöhnlich wird ein Aufenthalt von sechs Monaten für nötig erachtet, daß der Ordinarius die Testimonialien einfordert, bei denen, welche zum Militärdienst einberufen sind, sind sowohl für die Regularen (S. C. Discipl. Regul. d. d. 27. November 1892) als auch die Säkularkleriker drei Monate